

Gesetz für Migration gefordert

Die türkische Gemeinde in Deutschland hat gefordert, zur Teilhabe und Eingliederung von Migranten nach der Bundestagswahl am 27. September gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Unter anderem müssten Migranten im öffentlichen Dienst und bei der öffentlichen Förderung in dem Partizipationsgesetz explizit berücksichtigt werden, erklärte Bundesvorsitzender Kenan Kolat am 4. August 2009 in Berlin.

Zugleich schlägt Kolat die Einrichtung eines „Ausschusses für Migration und Partizipation“ im Bundestag und eines Beirats beim Bildungsministerium vor. Ihm sollten Vertreter von Bundeskanzleramt und Ministerien sowie Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Wohlfahrtsverbände und Wissenschaftler angehören. Seine Aufgabe sei es, die Bundesregierung in Fragen der Eingliederungs- und Zuwanderungspolitik zu beraten.

Deutschland brauche neue Strukturen in der Partizipations- und Migrationspolitik, so Kolat. Zugleich begrüßte er den Vorschlag von SPD Kanzlerkandidat Steinmeier, nach der Wahl ein Ministerium für Bildung und Integration einzurichten.